

barungen und an das Bensberger Memorandum daran fest: „Die zumutbare Wiedergutmachung des verletzten Rechts auf die Heimat ist grundsätzlich von Grenzregelungen nicht abhängig. Sie führt keineswegs zu neuen Vertreibungen...“ Das „Heimatrecht“ der polnischen Siedler bleibt also unangetastet. Weiter erkennt die Erklärung an, daß eine völlige Wiederherstellung des Vorkriegszustandes nicht erwartet werden kann. „Nur jene Grenze wird eine Friedensgrenze sein können, die von beiden Völkern in freier Entscheidung angenommen werden wird.“ Im Blick auf die künftige Annäherung der beiden Völker betont die Erklärung, daß es ja nicht nur Ereignisse gegeben habe, die Deutsche und Polen trennten. Es habe auch religiöse, kulturelle und wirtschaftliche und politische Leistungen in friedlicher Zusammenarbeit gegeben. Diese Zusammenarbeit solle in Zukunft mit dem ganzen osteuropäischen Raum verstärkt werden. Die Heimatvertriebenen seien bereit und geeignet, in diese Zusammenarbeit ihre besondere Sachkenntnis einzubringen. An die östlichen Nachbarn ergeht die Bitte, „zu prüfen, ob nicht auch in ihrer Geschichte übersteigerte Ziele nationalistischer Ausdehnung zu Enttäuschung und Katastrophen geführt haben. Etwas defensiv wird die eigene Position nochmals resümiert: Die Vertriebenen hätten den Anfang gemacht, den Teufelskreis des Unrechts zu durchbrechen. Sie hätten von Anfang an konstruktiv gedacht und demgemäß gehandelt. „Aus diesem Grunde lehnen sie den Gedanken ab, zunächst die jüngsten Verbrechen gegen die Menschlichkeit sanktionieren zu lassen und dann erst mit einer neuen Ära ohne Vertreibungen zu beginnen. Sie wollen nicht an den Anfang einer neuen Epoche das Unrecht mit seiner Zerstörungskraft gestellt sehen.“

Die Sprecher des Bensberger Kreises formulierten sieben Punkte, in denen sie sich mit der Erklärung einig wissen: 1. in der Betonung der vorrangigen Kraft der Liebe, 2. in der Beurteilung der Auswüchse des persönlichen und nationalen Egoismus, 3. im Bekenntnis zur politischen Haftung für das im Namen Deutschlands geschehene Unrecht und zur Wiedergutmachungspflicht gegenüber dem polnischen Volk, 4. in der Ablehnung einer Vertreibung der in den Oder-Neiße-Gebieten wohnenden Polen, 5. „in der Bekämpfung jeder Politik, die Existenzrechte des polnischen Volkes zum Handelsobjekt eigener oder fremder Interessen macht“, 6. in dem Willen zur Versöhnung und zur Zusammenarbeit, 7. in dem Ziel, eine umfassende europäische Gemeinschaft zu verwirklichen.

### *Die offenen Fragen*

Für sie bleiben aber mehrere offene Fragen. Zunächst: Auch die Vertriebenen respektierten die „Ansässigkeit“ der polnischen Bevölkerung. Diese „deutliche Friedensgeste“ wolle aber sicher nicht als Sanktionierung oder Legalisierung des Unrechts an den Deutschen verstanden werden. Wo liege dann aber der Unterschied zum Bensberger Memorandum, das den Polen ein Heimatrecht zubilligt? Sodann: Wenn eine völlige Wiederherstellung des Vorkriegszustandes nicht möglich ist, welche Lösung bietet sich bei einem friedlichen Ausgleich mit Polen an, wenn man die Existenzrechte der Polen achtet? Jedenfalls keine, die sich über den Willen Polens hinwegsetze. Dann aber könne eine „Rückgliederung“ der dort wohnenden neun Millionen Polen in den deutschen Staatsverband nicht gefordert werden. Auch das bedeute keine Legalisierung des an den Vertriebenen verübten Unrechts, sondern sei

„eine Schlußfolgerung aus Rechten, die den polnischen Nachbarn heute zugebilligt werden müssen“. Die Aufgabe des völkerrechtlichen Anspruchs sei deshalb kein „ins Leere geworfener Verzicht“, „sondern an Interessen von Menschen orientiert“. Auf was richteten sich die Erwartungen auf eine „zumutbare“ Wiedergutmachung? Zur Präsenz des Kommunismus stellen sie fest: Die Unterschiede in den politischen Systemen erschwerten zwar den Annäherungsprozeß beträchtlich, um so mehr Ausdauer und Mut zum Wagnis werde aber den verständigungswilligen Kräften abverlangt.

Ist nun diese relative Übereinstimmung nur scheinbar oder zeichnet sich hier bereits die Basis eines künftigen innerdeutschen und innerkatholischen Dialogs ab? Pessimisten werden darauf verweisen, daß die Übereinstimmungen sich vornehmlich auf die allgemeinen Prinzipien beziehen, während dort, wo es anfängt konkret zu werden, alle Fragen offen bleiben. Die Standpunkte liegen in der Tat noch weit auseinander. Die Vertriebenen-Erklärung bedenkt Vergangenes und übersieht vielleicht zu sehr, daß die Faktoren, die die Basis für seine Beurteilung bilden, sich geändert haben. Sie sieht das Heimatrecht, was naheliegt, aus der Perspektive der Vertreibung. Die Befürworter eines völkerrechtlichen Verzichts denken final vom notwendigen Ziel der Aussöhnung her und beurteilen das „Heimatrecht“ auf dem Hintergrund der Gegenwartssituation. Rechtliche Überlegungen allein führen jedenfalls in keiner Richtung zum Ziel. Rechtlich bleibt das Dilemma, die Lösung ist politisch-moralischer Natur.

### **Zur kirchlichen Entwicklung in der ČSSR**

Auch auf kirchenpolitischem Feld sind spektakuläre Ereignisse in der ČSSR ausgeblieben, wie überhaupt diese innerparteiliche und gesellschaftspolitische Revolution unblutig und — abgesehen von den Studentendemonstrationen an ihrem sichtbaren Anfang — lautlos verlaufen ist. „Wir können es uns nicht erlauben, auf die Straße zu gehen und Unruhe zu stiften“, war offen und doch mit einem unausgesprochenen Hinweis auf eine sonst mögliche sowjetische Intervention zu hören.

Über bereits erfolgte „Umbesetzungen und erste Erleichterungen“ wurde schon berichtet (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 210 ff.). Weitere Lockerungen auf gesetzlicher Ebene sind bisher nicht erfolgt. Noch immer besteht die Vorschrift, die fremden Priester, die in einer Prager Kirche zelebrieren, dem örtlichen Nationalausschuß zu melden, wie auch jede kirchliche Aussegnung im Prager Krematorium vorher mitgeteilt werden muß. Wohl scheint eine mündliche Zusage des neuen Ministerpräsidenten zu bestehen, daß auf kirchenpolitischem Gebiet nur die in einem Gesetz verankerten Richtlinien zu gelten haben; die Praxis jedoch ist in Einzelfällen immer noch eine andere. So klagt die „Lidova demokracie“ vom 26. April 1968, daß die neuen Einsichten nicht überall auf untersten Ebenen angekommen sind, wie etwa in Hohenelbe, wo Lehrern und Schülern der dortigen Musikschule ihre aktive Beteiligung an der musikalischen Ausgestaltung der Gottesdienste zu Ostern zum Vorwurf gemacht worden ist; und in Troppau wird jenen Kindern, die getauft werden, eine Medaille vorenthalten, wie sie jedem Neugeborenen dort geschenkt wird. Andererseits konnten Anfang April in drei Anstalten der Caritas die dort tätigen „Verwalter“ von dem neu bestellten Caritas-

direktor abgesetzt werden. Die Pastorkonferenz der evangelischen Geistlichen Westböhmens wiederum sieht sich veranlaßt, in einem Schreiben an das Kultur- und Informationsministerium die bisherige staatliche Aufsicht kirchlichen Lebens abzulehnen und zu erklären, sich nicht mehr an diese gesetzlichen Vorschriften halten zu wollen. Und den Gemeinden wird nahegelegt, die Kirchensekretäre nicht mehr zu beachten („Lidova democracie“, 24. 4. 68). Die Situation ist also weithin in den Einzelheiten noch ungeklärt, wenn auch der beschriebene Weg einer Liberalisierung auf dem kirchenpolitischen Sektor nicht verlassen wurde. Sicher weist auch der weitere Weg in die Zukunft in die gleiche Richtung, doch versuchen gerade hier untergeordnete Stellen die Entwicklung in ihrem Sinne zu beeinflussen.

Zwei erfreuliche Tatbestände von weitreichender Bedeutung, die mehr als Gesetze und Verordnungen die in Bewegung geratene Situation der Kirche in der ČSSR beurteilen lassen, dürfen nicht übersehen werden.

### *Das Ansehen der Kirche ist gewachsen*

Zunächst fällt die Position der Kirche innerhalb der nationalen Gesamtheit des tschechischen Volkes auf. Der tschechische Katholizismus war schwer belastet durch seine eigene geschichtliche Vergangenheit (vgl. *Observer*, Von Hus bis heute, „Wort und Wahrheit“, Februar 1967, S. 111). Nach der Unterdrückung und Verfolgung während der vergangenen 20 Jahre wird ihm der Vorwurf einer nationalen Entfremdung nicht mehr gemacht; die Kirche hat im Urteil der Öffentlichkeit gewonnen. Damit ist ihr aber eine Chance gegeben und zugleich auch eine Aufgabe gestellt. Sie kann nun, befreit von dieser Belastung, die sie unter einer antikirchlichen, die nationalen Gefühle der Tschechen bewußt aufpeitschenden Propaganda immer wieder zu spüren bekam, ganz anders vor die Gesamtheit der Nation hintreten. Die Volksverbundenheit der katholischen Kirche in der ČSSR wird heute auch von Nichtkatholiken als eine unleugbare Tatsache anerkannt; sie ist in allen Kreisen des Volkes geachtet, ja sie gilt als eine Hoffnung, was selbst führende Männer aus dem anderen Lager offen aussprechen. Nur die Kirche selbst kann dieses Kapital vergeuden. Dies müßte eintreten, wenn in ihr restaurative Kräfte zum Durchbruch kämen. Diese Gefahr jedoch ist vorläufig nicht virulent und für später dadurch gebannt, daß an eine Wiederherstellung der einstigen materiellen Grundlage einer wie immer gewandelten Restauration nicht gedacht werden kann; für eine solche folgenschwere und ahistorische Entwicklung bildet die sozialistische Gesellschaftsstruktur — zum Glück für die Kirche — ein unüberschreitbares Hindernis. Es sprechen sogar Anzeichen dafür, daß führende Männer aus den Reihen des Klerus und katholischer Laien in der ČSSR diese Gefahr sehen und sich ihrer Aufgabe für die Zukunft bewußt sind, neue, eigene Wege kirchlicher Wirklichkeit und religiöser Lebensgestaltung innerhalb einer sozialistischen Gesellschaftsordnung zu suchen und zu wagen. Zugleich könnte auf diese Weise der tschechische Katholizismus Fehlentwicklungen in seiner eigenen Geschichte, die sich aber weit über seine Grenzen hinaus ausgewirkt haben, korrigieren und damit aus dem „Herzen Europas“ der Kirche neue Wege in die Zukunft bereiten.

Mitte Mai kamen in Velehrad aus allen Diözesen des Landes abgeordnete Priester und Laien zusammen, um Leitlinien einer künftigen Arbeit zu bestimmen: Das ge-

samte kirchliche Leben soll im „Werk konziliarer Erneuerung“ (DKO — Dilo konciliove obnovy) seinen Kristallisationspunkt erhalten. Zur Vorbereitung dieses Kongresses fanden in einzelnen Diözesen Beratungen statt, an denen Laien und Priester gemeinsam teilnahmen, so in einer äußerst gut besuchten Konferenz am 27. April in Prag bei St. Ignaz und am 5. Mai in Königgrätz. Beide Konferenzen machten deutlich, daß es auch im nicht-priesterlichen Teil des dortigen Gottesvolkes an kraftvollen und mutigen Männern und Frauen nicht fehlt. Es bildeten sich zunächst in den Diözesen durch freiwillige Meldung Gruppen von Laien, die sich diesem Werk konziliarer Erneuerung innerlich verpflichtet fühlen und fähig wie auch bereit sind zu einer sachlichen Mitarbeit aus christlicher Verantwortung. Dieses Vorhaben, das in Velehrad als eine gesamtstaatliche Institution sich konstituieren wollte, soll nach einem Grundsatzreferat auf der Prager Zusammenkunft seine wichtigste Aufgabe darin sehen, das theologische und insbesondere das pastorale Denken des Zweiten Vatikanischen Konzils auf allen Ebenen kirchlicher Lehre und Wirksamkeit zu realisieren. Aus praktischen Erwägungen will man sich dafür der Organisationsform jener unruhmlichen „Friedensbewegung“ bedienen, die mit der neuen Leitung auch eine andere Ausrichtung erhalten hat; hinzu kommt, daß von nun an in ihr auch die Ordensleute und Laien zu gemeinsamer Arbeit mit den Priestern aufgerufen sind.

### *Kirchlich-theologischer Nachholbedarf*

Neben der Laienaktivität, die in so lebendiger Weise sich zu äußern begonnen hat, stehen dann auch Fragen an, die den Klerus betreffen. Noch immer sind die gesetzlichen Vorschriften über einen geforderten staatlichen Konsens zur Ausübung eines geistlichen Amtes in Geltung. Es ist unverständlich, daß auch dort, wo diese Zustimmung nur durch einen bloßen Verwaltungsakt entzogen worden war, in den allermeisten Fällen bis heute eine Wiederzulassung nicht ausgesprochen worden ist, so daß die Priester, die zur Aufgabe ihrer seelsorglichen Tätigkeit und damit zur Annahme einer Beschäftigung in der Wirtschaft gezwungen worden waren, immer noch auf die Erlaubnis zum Wiedereintritt in die Seelsorge warten müssen. Dabei wird in Prag viel von einer „Rehabilitation“ aller jener gesprochen, die in den fünfziger Jahren das Opfer von Gewaltakten geworden sind. Tatsächlich sind auch manche von ihnen bereits rehabilitiert, so einige Opfer aus den Reihen der KPČ selbst, ferner Universitätsprofessoren, Schriftsteller und Journalisten. Es muß daher auffallen, daß sogar die Bischöfe von Budweis, Brünn und Leitmeritz immer noch nicht in ihre Diözesen zurückkehren durften, um dort ihren Aufgaben nachkommen zu können; nur Bischof Karl Očenášek erhielt die Genehmigung zur Übernahme einer Pfarrei im Bistum Königgrätz, für das er konsekriert worden ist. In Prag ist zu hören, diese Frage sei späteren Verhandlungen mit dem Vatikan vorbehalten. Die baldige Rückkehr aller amtsbehinderten Bischöfe in ihre Diözese wird aber andererseits als eine fundamentale Äußerung wirklicher Freiheit der Kirche angesehen. Sie ist zugleich auch Voraussetzung eines kirchlichen Neubeginns.

Allgemein ist die Erkenntnis durchgedrungen, daß auf theologischem Gebiet ein enormer Nachholbedarf besteht. Dieser ergibt sich aus der Tatsache, daß in den vergangenen drei Jahrzehnten die Verbindung des tschechischen Katholizismus mit der Weltkirche fast ganz unterbunden

war und nennenswerte eigene theologische Studien nicht publiziert worden sind. Was in den letzten Monaten an theologischen Handreichungen für die Studenten der Theologie in Leitmeritz erschien, kann schwerlich den Anschluß an die so schnell sich entwickelnde Theologie des Auslandes gefunden haben. Hier zeigt sich die Isolierung der Kirche in der ČSSR vom Weltkatholizismus und dem neu aufgebrochenen theologischen Denken der Gegenwart in ihren weitreichenden Konsequenzen (vgl. „Katolícke noviny“ vom 7. 4. 68), die nicht so rasch behoben sein werden.

Man rechnet allgemein mit einer Verlegung der Katholischen Theologischen Fakultät, die sich noch immer in Leitmeritz befindet, nach Prag. Dort wird bereits ein geeignetes Gebäude gesucht, da mit einer Rückgabe des schon während des Zweiten Weltkrieges von deutschen Stellen beschlagnahmten Seminar- und Fakultätsgebäudes in Prag-Dejwitz nicht gerechnet werden kann. Das aufgehobene Benediktinerkloster Emaus bietet sich aus verschiedenen Gründen an. Fraglich ist jedoch, ob die Katholische Fakultät wiederum in die Karls-Universität eingegliedert wird. Die Aussichten dafür scheinen von der Universität selbst her nicht ungünstig zu sein, doch müßten dann auch die beiden nichtkatholischen Theologischen Fakultäten, die immer außerhalb der Universität standen, gleichfalls der Gesamtuniversität einverleibt werden. Doch sollte man dieser organisatorischen Seite kein zu großes Gewicht beimessen. Von entscheidender Bedeutung jedoch ist die theologische Ausrichtung, die in dieser Fakultät vorherrschen wird. Hier müssen einige Zweifel angemeldet werden, weil notwendige Voraussetzungen für eine aufgeschlossene theologische Sicht, wie sie sich der Weltkirche eröffnet hat, hier fehlen. Wohl liegen in Prag Angebote vor, tschechischen Alumnus des Priesterseminars das Studium der Theologie im Ausland, insbesondere in Österreich, zu ermöglichen. Es wäre auch wirklich geboten, wenigstens dem wissenschaftlichen Nachwuchs die Möglichkeit zu schaffen, an ausländischen Universitäten sich umzusehen und den eigenen theologischen Besitzstand zu erweitern. Nur so dürfte in nicht allzu ferner Zukunft der Anschluß an das theologische Denken in der Weltkirche zu erreichen sein. Ob aber wirklich innerhalb des tschechischen Katholizismus eine eigene, bodenständige Theologie erarbeitet werden kann, die gespeist wird aus dem Erbe der eigenen Vergangenheit, neu inspiriert ist von einer progressiven Theologie des Zweiten Vatikanums und angepaßt wird an die religiösen und kirchlichen Bedürfnisse in einer sozialistischen Gesellschaft? (vgl. Dr. Vaško in seinem Grundsatzreferat auf der Prager Delegiertentagung am 27. 4. 68.) Hier zeigt sich im innerkirchlichen Sektor die gleiche Aufgabe, wie sie sich heute in Prag auf politischem und insbesondere auf gesellschaftspolitischem Gebiet stellt: eine neue Ortsbestimmung zu erarbeiten inmitten einer ideologisch anders strukturierten Welt, um zu einer echten Synthese bzw. wirklichen und fruchtbaren Koexistenz zu finden.

### *Religiöses Interesse bei der jungen Generation*

Erfreulich ist die Wahrnehmung, wie sehr die geistige Atmosphäre der Religion und der Kirche gegenüber sich während des „Prager Frühlings“ gewandelt hat. Dies wird auch aus einem „Montagsgespräch“ der Prager „Lidova democratie“ vom 29. April ersichtlich. Dort trat P. Hrubý, Professor der Wirtschaftshochschule in Prag, der sich selbst als überzeugten Marxisten bezeichnet, dafür

ein, an den Philosophischen Fakultäten auch einen Lehrstuhl für Christliche Philosophie zu errichten. Tatsächlich arbeitet bereits in Prag, wenn auch nicht im Rahmen der Universität, ein Philosophisch-Theologisches Seminar unter Leitung des greisen Dominikaners M. Habáň, das sich regen Zuspruchs erfreut. Es ist dies seit 1948 der erste Versuch einer öffentlichen Einführung in katholisches Denken. Doch scheint dem Beobachter gerade in diesem Kreis die Gefahr einer einseitigen und festgefahrenen Einstellung auf einen strengen Thomismus gegeben, die zu einer Dialogunfähigkeit führen könnte, was angesichts der vorausstürmenden Perspektiven der jungen Generation sich unheilvoll auswirken müßte. Bisher bildete das Dialogische Seminar an der Philosophischen Fakultät in Prag unter Leitung von Prof. M. Machovec das Sammelbecken auch für interessierte Katholiken. Daneben verdient der Kreis um den evangelischen Theologieprofessor J. Lochman gebührend Erwähnung, in dem ebenfalls Katholiken sich eingefunden haben. Es war der Kreis der „Weißgerber“ (Jirchaři). Zu bedauern ist nur, daß gerade hier die geistige Spaltung der katholischen Intelligenz in Konservative und Progressisten allzu scharf zutage tritt.

Immer wieder wird auf das starke Interesse der jungen und mittleren Generation, insbesondere der männlichen, für religiöse und kirchliche Fragen hingewiesen. Wird es jedoch auch gelingen, diese suchenden Menschen zum Glauben, zur Glaubensverwirklichung zu führen und sie als lebendige und mitverantwortliche Glieder der Kirche einzufügen? Diese Frage muß gestellt werden, wenn die Zukunft der Kirche in der ČSSR in Betracht gezogen wird. Aber vielleicht wirkt sich gerade auf diesem Sektor aus, worunter die Kirche in der Vergangenheit soviel gelitten hat: Die Priester, die selbst durch viele Jahre in den Reihen der Werktätigen standen, werden leichter den priesterlichen Weg zu ihren jungen Kameraden finden.

## **Sind die christlichen Kirchen in Indien bedroht?**

Die ausländischen Missionare in Indien haben eine harte Zeit. Seit dem Frühjahr 1967 ist eine schamlose Diffamierungskampagne im Gang, die ihre Anwesenheit in Indien unmöglich machen und damit die indische Kirche selbst in ihrer Substanz treffen will.

In den Tageszeitungen, durch Flüsterpropaganda, auf Versammlungen, in den Landesparlamenten und schließlich im Zentralparlament in Neu-Delhi wurden die absurdesten Anklagen gegen die Missionare vorgebracht. Komitees zur Überwachung der Missionare wurden gebildet, ein allgemeines Konversionsverbot wurde gefordert. Die Hindu Mahasabha verlangte von der Zentralregierung sogar, alle Konversionen von Hindus zum Christentum unter Strafe zu stellen. Die hinduistische Gegenmission wurde verstärkt.

Die Anklagen gegen die christlichen Missionare spitzten sich auf zwei Punkte zu. Einmal wurde behauptet, die ausländischen Missionare nützten die Hungersnot in weiten Teilen Nordindiens zu Massenbekehrungen aus. Es schwirrten Meldungen durch das Land, allein in Bihar, dem am meisten vom Hunger betroffenen indischen Bundesland, seien 2000 Missionare zusammengeströmt, um mit Nahrungsmitteln, Kleidern und Geld, das von ausländischen Regierungen stamme, die hungernden